

Medienmitteilung

Finanzkommission befürwortet Neubau Berufsbildungszentrum

Solothurn, 12. August 2011 – Die kantonsrätliche Finanzkommission stimmt dem Verpflichtungskredit für den Neubau des Berufsbildungszentrums BBZ in Solothurn zu. Hingegen spricht sie sich gegen eine Standesinitiative für eine eidgenössische Schenkungs- und Erbschaftsteuer aus. Im Weiteren verlangt sie, dass nicht der Regierungsrat, sondern der Kantonsrat darüber entscheiden können soll, ob die Führung höherer Fachschulen an Private übertragen wird.

Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO), unter der Leitung ihrer Präsidentin Susanne Schaffner-Hess (SP, Olten), begrüsst die Zusammenführung der in Grenchen geführten Höheren Fachschule für Technik mit zwei Berner Schulen desselben Typs in Biel zu einer neuen Institution mit privater Trägerschaft. Weil die Trägerschaft an Dritte übergeben werden soll, braucht es dafür eine gesetzliche Grundlage im Berufsbildungsgesetz. Der Regierungsrat möchte diese Kompetenz zur Übertragung der Führung höherer Fachschulen an Private für sich beanspruchen. Grund dafür ist, dass Entscheide unbürokratischer und schneller gefällt werden könnten. Die FIKO ist der Auffassung, dass mit einer solchen Regelung das Parlament seinen Einfluss im Wesentlichen verlieren würde. Der Kantonsrat könnte zukünftig höchstens noch über das Budget Einfluss nehmen. Deshalb stellt die FIKO den Antrag, dass der Kantonsrat entscheiden soll, ob im konkreten Fall eine Auslagerung an Private erfolgen soll.

Verpflichtungskredit für den Neubau des Berufsbildungszentrums BBZ in Solothurn

Einstimmig gutgeheissen hat die Kommission den Verpflichtungskredit von brutto 29,8 Mio. Franken für den Neubau für das Berufsbildungszentrums BBZ in Solothurn. Nach Abzug der vom Bund und der Stadt Solothurn zu leistenden Beiträge, betragen die Nettoinvestitionen noch 21,5 Mio. Franken. Diese Gelder sind in der Finanzplanung bereits eingestellt. Da die Räumlichkeiten der im Rosengarten Solothurn eingemieteten Kaufmännischen Berufsfachschule Solothurn den steigenden Anforderungen an den Schulbetrieb nicht mehr genügen und das Gebäude auch technisch und sicherheitsmässig nicht mehr den heutigen Ansprüchen genügt, ist Handlungsbedarf vorhanden. Die FIKO ist überzeugt, dass es sich beim Neubau um ein ökonomisch und ökologisch sehr gutes Projekt handelt.

Standesinitiative für die Schaffung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer

Die Fraktion Grüne fordert den Regierungsrat auf, bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative einzureichen für eine Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer. Während die SP sich der Stimme enthielt, weil gesamtschweizerisch eine ähnlich gelagerte Initiative lanciert wurde, folgte die Mehrheit der Finanzkommission dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung, da die Erhebung von Steuern in die Hoheit der Kantone falle. Die Befürworter wollten zudem die Steuerquote nicht zusätzlich erhöhen und sprachen sich auch dezidiert gegen eine Umverteilung aus.

Finanzausgleich

Die Kommission genehmigte einstimmig die Steuerungsgrössen im direkten Finanzausgleich der Gemeinden für das Jahr 2012. Im Weiteren war auch der Finanzausgleich unter den Kirchgemeinden ein Thema. Der Auftrag von Markus Knellwolf (glp, Obergerlafingen) verlangt eine Optimierung der Kirchensteuer für juristische Personen. Der Regierungsrat schlägt vor, dass nach Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichs bei den Einwohnergemeinden eine Vorlage zur Neugestaltung des Finanzausgleichs unter den Kirchgemeinden nach den Grundsätzen des Referenzmodells des NFA des Bundes erarbeitet werden soll.

Dabei soll eine mögliche Umsetzung des Auftrags Knellwolf geprüft werden. Die FIKO stimmte dem Antrag des Regierungsrates zur Erheblicherklärung mit geändertem Wortlaut einstimmig zu.